Stadt Bruchköbel
DER MAGISTRAT

Ersterfassungsdatum: 17.03.2022
Aktenzeichen:
Antragsteller: Verwaltung
Ersteller: Herr Brede

Finanzverwaltung

Beschlussvorlage	**Drucksachen-Nr.: DS-49/2022**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP
Magistrat der Stadt Bruchköbel	23.03.2022	
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel	29.03.2022	

Titel:

Leistung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2022 im Bereich „Unterbringung von Asylbewerbern“

Beschlussvorschlag:

1) Der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 250.000 € bei dem Produktkonto 05315500/84285251 wird gemäß § 100 (1) HGO zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei dem Produktkonto 12541000/84285223 (Straßenbau Kinzigheimer Weg) in gleicher Höhe.

2) Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 72.000 Euro bei dem Produktkonto 05315500/67000005 (Miete Container) und in Höhe von 44.000 Euro bei dem Produktkonto 05315500/61390000 (Aufbau Container) wird gemäß § 100 (1) HGO zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben in Höhe von 30.000 Euro bei dem Produktkonto 10522400/61390000 (Umzug Stadthaus), 30.000 Euro bei dem Produktkonto 15573110/61390000 (Räumung Bürgerhaus Bruchköbel) und 56.000 € bei dem Produktkonto 01111180/62000000 (Personalaufwendungen Bauverwaltung). Die entsprechenden Finanzrechnungskonten sind analog zu berücksichtigen.

3) Der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 27.000 Euro bei dem Produktkonto 05315500/60510004 (Stromkosten Container), 4.000 Euro bei dem Produktkonto 05315500/60560004 (Wasserkosten Container) wird gemäß § 100 (1) HGO zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben in gleicher Höhe bei dem Produktkonto 01111020/62000000 (Personalaufwendungen Referentenstelle). Die entsprechenden Finanzrechnungskonten sind analog zu berücksichtigen.

Begründung:

Vorbemerkungen:
Am 23.12.2021 informierte der Main-Kinzig-Kreis über das aktuelle Migrationsgeschehen und deren Auswirkungen auf die Unterbringungssituation in den Städten und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises.

Die Anlandungszahlen im Mittelmeerbereich sind nach Informationen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat weiter gestiegen. Die Lage in Litauen, Lettland und Polen an den Grenzen zu Belarus ist besorgniserregend und führt zu stark steigenden Zugangszahlen im Bereich der Erstaufnahme von Asylsuchenden und damit zu einem größeren Aufnahmesoll für den Main-Kinzig-Kreis.

Daraufhin hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung vom 21.12.2021 eine neue Verteilerquote beschlossen, die ein deutlich höheres Aufnahmesoll der kreisangehörigen Städte und Gemeinden aufweist.

Zu diesem Zeitpunkt war der Haushalt 2022 bereits von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bruchköbel beschlossen. Eine Erhöhung der Aufnahmekapazitäten war bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorherzusehen und konnte deswegen nicht eingeplant werden.

Für Bruchköbel bedeutet dies konkret für das Jahr 2022 134 neue Flüchtlinge. In den letzten 3 Jahren lagen die Neuaufnahmen durchschnittlich bei ca. 35 Personen pro Jahr. Dies bedeutet, dass wir für 2022 für ca. 100 Personen zusätzlich Unterkunft benötigen. Aufgrund der allgemein angespannten Mietwohnungssituation bzw. nicht vorhandenem bezahlbarem Wohnraum, ist es kaum möglich passenden Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge zu finden. Momentan können durchschnittlich rund 20 Personen pro Jahr in Mietwohnungen außerhalb der städtischen Unterkünfte untergebracht werden.

In unserer Gemeinschaftsunterkunft waren Ende Februar 2022 von 110 Plätzen 109 belegt und in den angemieteten Wohnungen von 72 Plätzen 78 belegt. Die Überbelegung in den Wohnungen ergeben sich durch Familien mit mehreren Kindern. Dies bedeutet, dass unsere städtischen Möglichkeiten derzeit ausgeschöpft sind.

In diesem Jahr haben wir bereits 17 Personen aufgenommen, weitere Zuweisungen konnten mangels Kapazität geschoben werden. Dies ist jedoch keine Dauerlösung. Die Zahl zeigt jedoch, dass die Gesamtzahl der Zuweisungen für dieses Jahr in der prognostizierten Höhe durchaus realistisch ist.

Kurzfristig neuen Wohnraum auf dem freien Markt für ca. 100 Personen in Bruchköbel zu finden ist unrealistisch. Verschiedene Anfragen bei Maklern etc. verliefen ergebnislos. Aufrufe in der Bevölkerung bzgl. möglicher Leerstände ebenso. Umbau von vorhandenem Wohnraum ist nicht möglich, da nichts Passendes zur Verfügung steht. Um eine kurz- bis mittelfristige Lösung anzubieten, wäre eine Containervariante neben der heutigen Gemeinschaftsunterkunft die praktikabelste Variante. Das Grundstück ist vorhanden, ebenso die notwendige Infrastruktur, wie Betreuung vor Ort durch städtische Mitarbeiter, ein bewährter Security-Dienst und gemeinsame Aufenthaltsräume, in denen regelmäßig auch z.B. Sprachunterricht stattfindet. Ebenso ist aus der Erfahrung der letzten Jahre heraus, die Nähe zur Stadtmitte positiv zu bewerten.

Langfristig sollen für nachhaltigere Lösungen mit massiven Gebäuden gesucht werden, die die Container, wie auch das gesamte Camp, für die Zukunft ablösen sollen. Dies ist in der Kürze der Zeit jedoch nicht umsetzbar. Mit der Container-Lösung verschaffen wir uns jedoch jetzt Zeit, um dieses Projekt angehen zu können.

<u>Begründung zu Punk 1:</u>
Deswegen hat die Verwaltung eine Erweiterung der vorhandenen Flüchtlingsunterkunft in der Friedberger Landstraße projektiert. Demnach ergibt sich die wirtschaftlichste Lösung, die auch kurzfristig umsetzbar ist, durch die Schaffung einer Wohncontaineranlage. In einem ersten Bauabschnitt könnten dort kurzfristig für 34 Personen Unterbringungsmöglichkeiten entstehen, kurzfristig baulich erweiterbar um weitere 44 Plätze durch eine Aufstockung.

Bei der Einrichtung des Camps im Jahr 2015 wurde die jetzt benötigte Fläche bereits entsprechend vorbereitet. Die hierfür notwendige Infrastruktur (Wasserversorgung, Entwässerung, Strom usw.) kann an dieser Liegenschaft mit geringem Aufwand hergestellt werden, da diese in unmittelbarer Nähe bereits besteht. Für die notwendigen Maßnahmen werden nach einer ersten Kostenschätzung ca. 250.000 Euro benötigt.

Zur Deckung dieser außerplanmäßigen Ausgabe, schlägt die Verwaltung das Produktkonto 12541000.84285223 „Straßenbau Kinzigheimer Weg“ vor. Dort beträgt der Ansatz im laufenden Haushaltsjahr 2,70 Mio. Euro. Da für diese Straßenbaumaßnahme die Bewilligung der Landeszuwendung noch nicht erteilt wurde, verzögt sich der Baubeginn, sodass die veranschlagten Haushaltsmittel dieses Jahr nicht in voller Höhe verausgabt werden können.

Die Wohncontaineranlage soll angemietet werden. Container zum Kauf haben eine wesentlich längere Lieferzeit und sind deswegen in der aktuellen Lage keine Option. Hinzu kommt, dass eine langfristige Lösung mit einer dauerhaften Unterbringungsmöglichkeit parallel dazu angesteuert werden soll.

Begründung zu Punkt 2 und 3 (Finanzierung der laufenden Kosten):
Aktuell erhalten wir vom MKK für die Gemeinschaftsunterkunft für nicht anerkannte Geflüchtete 300 Euro pro Monat. Diese Beträge beinhalten sämtliche Kosten der Unterkunft inkl. Nebenkosten.

Bei einer vollen Belegung des Erdgeschosses liegt die Kostenerstattung durch den Main-Kinzig-Kreis bei 10.200 Euro pro Monat, dem gegenüber stehen ca. 7.300 Euro (netto) Mietkosten für die Containeranlage plus Nebenkosten. Eine Aufstockung der Anlage ab November schlägt zusätzlich mit weiteren ca. 8200 Euro (netto) Mietkosten plus Nebenkosten zu Buche.

Bei einer durchschnittlichen Belegung sind rund 100.000 Euro an Einnahmen pro Jahr zu erwarten, für das aktuelle Jahr maximal 87.000 Euro.

Durch eine eingeplante pauschale Förderung in Höhe von 122.000 Euro für die Flüchtlingsunterbringung, die wir die letzten Jahre erhalten haben, welche kürzlich gestrichen wurde, wird es, trotz der Zahlungen des Kreises für jeden Geflüchteten notwendig, außerplanmäßig für eine Deckung der Mietkosten im Aufwand zu sorgen.

Die Belegung steht in direkter Abhängigkeit zu den Neuzuweisungen, die monatlich erfolgen. Durch die Option, das zweite Obergeschoss später aufzubauen, entsteht eine Ersparnis von
rund 32.000 Euro gegenüber einer unmittelbaren Anmietung der gesamten Anlage.

Für Miete sind in diesem Jahr Kosten von rund 72.000 Euro zu erwarten, Nebenkosten sind in Höhe von rund 31 000 Euro kalkuliert. Dazu kommen die einmaligen Kosten für den Aufbau der Anlage in Höhe von 44 000 Euro. Insgesamt kommen so für dieses Jahr 147.000 Euro an außerplanmäßigen Kosten zustande.

Die Deckung von 30.000 Euro soll zu einem aus dem Produkt „Planung und Durchführung Innenstadtentwicklung“ erfolgen. Hier ist ein Ansatz von 95.000 Euro für den Umzug ins Stadthaus eingeplant. Nach ersten Angeboten wird der Ansatz nicht vollständig ausgeschöpft. Weitere 30.000 Euro sollen im Produkt „Bürgerhaus Bruchköbel“ eingespart werden. Hier sind im Ansatz 97.000 Euro für die Räumung durch den Verkauf des Bürgerhauses vorhanden. Nach aktueller Einschätzung können einige Sachen veräußert werden und auch die Vereine haben schon Interesse angemeldet, so dass hier der volle Ansatz nicht benötigt wird. Weiterhin werden 87.000 Euro bei dem Produktkonto Personal eingespart. Hier wird auf die Wiederbesetzung von Stellen verzichtet.

Aufgrund der aktuellen Situation durch den Ukraine-Krieg ist erkennbar und durch die Erfahrungen seit 2015 ist klar, dass wir mit kurzfristigen Lösungen auf Dauer nicht handlungsfähig sind. Wir werden langfristig in der Lage sein müssen, Geflüchtete in größerer Zahl aufzunehmen und dies auch auf Dauer. Mit einer Anmietung von Containern in gestaffelter Weise schaffen wir kurzfristig Wohnraum für Geflüchtete, erhalten uns aber finanziell Flexibilität bzgl. der notwendigen Kapazitäten und können gleichzeitig eine langfristige Lösung planen und in dem Mietzeitraum umsetzen.

	Brede (Fachbereichsleiter)	Braun (Bürgermeisterin)